

Aus der Landesgeschäftsstelle

<u>Staat und Wohlfahrt in gemeinsamer Verantwortung</u> Minister Manfred Lucha bei der Mitgliederversammlung	S. 2
<u>Bundesregierung muss sozialen Ausgleich schaffen</u> Zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut (17. Oktober)	S. 4
<u>Für Ethikberatung qualifiziert</u> Fortbildung WissenWasTun abgeschlossen	S. 5
<u>Zwischen Barmherzigkeit und Betriebswirtschaft</u> Landestreffen der kirchlichen Krankenhäuser in Baden-Württemberg	S. 6
<u>14. landesweite Aktionswoche „Armut bedroht alle!</u> Netzwerke gegen Armut und Abstiegsangst	S. 8

Aus den Regionen

<u>...denn es ist ja unmöglich, Kinder allein zu lassen.“</u> Dokumentation zur Geschichte der Kinderheims Hochdorf	S. 9
<u>Damit seelische Krisen kein Tabu unter Jugendlichen sind</u> Präventives Schulprojekt „Verrückt? Na und!“ der eva	S. 10
<u>„Gib mir was, was ich wählen kann“</u> Neue Arbeit untersuchte Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler	S. 12
<u>10 Jahre Stadtteilforen in Marienberg</u> Einwohner und Mitarbeitende im Austausch	S. 13

Kurznachrichten	S. 14
------------------------	-------

Redaktion: Claudia Mann

Staat und Wohlfahrt in gemeinsamer Verantwortung

Das Subsidiaritätsprinzip in der Sozialpolitik in Baden-Württemberg als „Verteilung von Aufgaben in gemeinsamer Verantwortung von Staat und Wohlfahrt“ hält für Manfred Lucha, Minister für Soziales und Integration in Baden-Württemberg, die Gesellschaft zusammen. Bei der Mitgliederversammlung des Diakonischen Werks Württemberg sagte er vor rund 200 Vertreterinnen und Vertretern diakonischer Einrichtungen und Kirchenbezirke: „Die Stärke unseres Landes liegt ganz wesentlich in seiner starken Zivilgesellschaft. Der Diakonie verdanken wir eine Menge an guten Initiativen. Als Menschen auf ihrer Flucht zu uns kamen, waren Sie da. Und Sie sind immer noch da, wenn es jetzt um Integration geht“ Er als „Gesellschaftsminister“ wolle verlässlicher Partner sein und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass alle Menschen ihr Recht auf Teilhabe verwirklichen können.

Stuttgart. Auf dem Programm der Mitgliederversammlung standen außerdem Wahlen zum Verbandsrat, dem höchsten Gremium des Diakonischen Werks, der Bericht des Präsidiums und des Vorstands, Finanzfragen, der Beschluss über die Neufassung des Corporate Governance Kodexes sowie die strategische Ausrichtung des Verbands für die Jahre 2018 bis 2023.

Der Beschluss des Wirtschaftsplans 2018 sieht auch vor, sich an der Aufstockung des Heimkinderfonds West und der Stiftung Anerkennung und Hilfe mit insgesamt 2,3 Millionen Euro zu beteiligen. Das Geld kommt Menschen zugute, die in Kinderheimen oder Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie Leid erfahren haben. Dabei übernimmt das Diakonische Werk Württemberg je 20 Prozent der Summe. Der Restbetrag wird, wie schon in den Jahren 2012 bis 2015 bezüglich des Heimkinderfonds, in fünf Raten aus einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrags in Höhe von 13 Euro je Vollkraft in den Jahren 2017 bis 2021 erbracht.

Auch einem überarbeiteten Corporate Governance Kodex für die Diakonie in Württemberg stimmte die Mitgliederversammlung zu. Der Kodex führt zur Trennung von Aufsicht und Leitung und beschreibt wesentliche Grundlagen zur Stärkung der diakonischen Unternehmenskultur, insbesondere durch die Optimierung der Leitungsstruktur und Überwachung diakonischer Unternehmen. Er ist eine freiwillige Selbstverpflichtung der Mitglieder des Diakonischen Werks Württemberg. Damit soll die Transparenz unternehmerischen Handelns in der württembergischen Diakonie weiter gefördert werden.

Diskutiert wurde auch die strategische Ausrichtung des Verbands für die Jahre 2018 bis 2023. Darin wird unter anderem dem Verbandsrat zum Beschluss empfohlen, sich verstärkt für die Teilhabe aller einzusetzen. „Wir arbeiten anwaltschaftlich und partizipativ an der Überwindung von Ausgrenzung und Herabwürdigung. Wir mischen uns in die gesellschaftlichen und sozialgesetzlichen Umbrüche ein und entwickeln die Qualität unserer

Arbeit theologisch, sozialwissenschaftlich und betriebswirtschaftlich weiter“, heißt es unter anderem. Auch die quartiersorientierte Arbeit sowie die Digitalisierung der Gesellschaft zum Wohl und Nutzen der Menschen werden empfohlen

In den Verbandsrat wurden für fünf Jahre gewählt Jutta Arndt, Geschäftsführender Vorstand des Vereins für Internationale Jugendarbeit, Stuttgart; Roland Beck, Leiter der Stiftung Augustenhilfe Ebingen; Pfarrerin Dr. Dörte Bester, Theologischer Vorstand und Direktorin der Stiftung Karlshöhe Ludwigsburg; Renate Braun-Schmid, Geschäftsführerin der Diakonischen Bezirksstelle Freudenstadt; Pfarrer Gottfried Heinzmann, Fachlich-theologischer Vorstand der Zieglerschen, Wilhelmsdorf; Pfarrerin Sybille Leiß, Vorstandsvorsitzende der Evangelischen Stiftung Lichtenstern; Bernhard Schneider, Hauptgeschäftsführer der Evangelischen Heimstiftung, und Pfarrer Michael Werner, Theologisch-Pädagogischer Vorstand des Sonnenhofs, Schwäbisch Hall. cm

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711/1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Bundesregierung muss sozialen Ausgleich schaffen

Die Sicherheit, vom Einkommen ohne finanzielle Sorgen gut leben zu können, fordert die Diakonie in Württemberg, für alle Menschen. „Wir brauchen ausreichende Hartz-IV-Sätze und Renten, die Altersarmut verhindern“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut (17. Oktober 2017). Er warnt vor einem Anstieg des Armutsrisikos, einem Rückgang der Mittelschicht und der Gefährdung des sozialen Friedens.

Stuttgart. Der Politik sei es in den vergangenen 20 Jahren nicht gelungen, die zunehmende Ungleichheit zwischen Arm und Reich aufzuhalten oder gar umzukehren, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. Das belegten die Armuts- und Reichtumsberichte, die einmal im Verlauf der Legislaturperiode erscheinen.

Auch der Anfang des Jahres 2017 erschiene fünfte Bericht der Bundesregierung über Armut und Reichtum in Deutschland belegt laut Kaufmann die Zunahme der Polarisierung zwischen Arm und Reich. Lag die Armutsrisikoquote in Deutschland 1995 noch unter 12 Prozent, hatte sie 2014 bereits fast 16 Prozent erreicht.

Für Baden-Württemberg belege die amtliche Sozialstatistik, dass die Armutsrisikoquote bezogen auf das landesdurchschnittliche Einkommen 15,4 Prozent beträgt und damit beinahe so hoch wie im Bundesdurchschnitt ist, auch wenn Baden-Württemberg im bundesweiten Durchschnitt mit am besten abschneidet. Die Zahlen belegten für die vergangenen zehn Jahre aber nicht nur einen langfristigen Anstieg des Armutsrisikos, sondern auch einen langfristigen Anstieg der Einkommensreichumsquote und damit einen tendenziellen Rückgang der Mittelschicht. Auch wegen einer immer geringeren Tarifbindung für die abhängig Beschäftigten befürchten immer mehr Menschen, ihren erreichten Lebensstandard langfristig nicht halten zu können.

„Für sozialen Ausgleich zu sorgen, ist eine der ersten Aufgaben des Staates und dies ist jetzt die zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung“, urteilt Kaufmann. Das bedeute, die Armut zu vermindern, die Mitte zu stärken und die wirtschaftlich Starken wieder mehr am Sozialstaat zu beteiligen. Andernfalls sieht er den soziale Frieden im Land in Gefahr. cm

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711/1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Für Ethikberatung qualifiziert

Über 30 Führungskräfte sowie Moderatorinnen und Moderatoren haben sich von Januar bis Oktober 2017 im Rahmen der von Diakonischem Werk Württemberg und BruderhausDiakonie verantworteten Fortbildung WissenWasTun (WiWaT) qualifiziert. Dazu gehörten die Einführung und Implementierung von ethischen Fallbesprechungen in den Teams vor Ort, Schulungstage und kollegiale Beratungsgruppen.

Stuttgart. Die enge Zusammenarbeit von Führungskräften und Ethikmoderatoren ist entscheidend für eine erfolgreiche und nachhaltige Implementierung von Ethikberatung. Darin waren sich alle Teilnehmenden einig. Neben der Frage nach den eigenen Werten und der großen Praxisnähe wurde auch die Arbeit mit Bibeltexten zu ethischen Fragen als anregend erlebt. Mehrere Teams präsentierten bei der Abschlussveranstaltung Schlaglichter aus ihrer Ethikarbeit. Ein O-Ton aus der Altenhilfe: „Die ethische Fallbesprechungen haben eine gute Resonanz im Team bewirkt. Das Team war danach befreiter.“ Ein Mitarbeiter aus der Jugendhilfe sagte: „Wir haben eine schwierige Situation rückblickend im Team besprochen und es war ein Highlight“.

Ethische Fallbesprechungen werden insgesamt als Wertschätzung und Stärkung wahrgenommen, die Ressourcen zum Wohl der betreuten Menschen aktivieren. Auch scheinbare Tabu-Themen können dadurch hilfreich bearbeitet werden. Selbst wenn es offensichtlich keine Lösung gibt, kann eine ethische Fallbesprechung Entlastung bringen, wenn die Beteiligten nach Abwägung aller ethischen Prinzipien zu dem Ergebnis kommen: „Wir halten diese schwierige Situation oder dieses Dilemma gemeinsam aus.“

Die nächste WiWaT-Qualifizierung startet in Kooperation mit der Samariterstiftung am 6. Februar 2018 in Nürtingen und ist offen für alle diakonischen Träger. gb

Weitere Informationen: Pfarrerin Gudrun Bosch, Abteilung Theologie und Bildung, Tel.: 0711/1656-411, E-Mail: bosch.g@diakonie-wue.de

Zwischen Barmherzigkeit und Betriebswirtschaft

Bei ihrem Landestreffen im St. Josefskrankenhaus in Heidelberg beschäftigten sich die kirchlichen Krankenhäuser Baden-Württembergs mit Erwartungen an ihr unternehmerisches Handeln und Strategien.

Heidelberg. Steigende Kosten und wachsender Konkurrenzdruck: Im Gesundheitsbereich haben die Spielregeln des Marktes längst Einzug gehalten. Wo Krankenhäuser nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können, werden sie auf den Prüfstand gestellt und mitunter auch geschlossen. Wie alle Krankenhäuser sehen sich auch die kirchlichen Einrichtungen einem verschärften Wettbewerb und vielfältigen Systemzwängen ausgesetzt. Evangelische und katholische Kliniken orientieren sich am christlichen Auftrag der Nächstenliebe und Barmherzigkeit. Aber auch als kirchliche Einrichtungen, die ihrer Verantwortung gegenüber Mitarbeitenden und Patienten gegenüber gerecht werden wollen, müssen sie wirtschaftlich denken und handeln.

„Wir werden heute eine exemplarische Diskussion führen und zwar für unsere Gesellschaft insgesamt, in der es nur noch um Zahlen zu gehen scheint.“ Mit diesen Worten leitete Moderator Jörg Vins von der Fachabteilung „Religion und Welt“ vom SWR das Landestreffen der kirchlichen Krankenhäuser in Baden-Württemberg ein, das im Heidelberger St. Josefskrankenhaus stattfand. Über 60 Vertreter der katholischen und evangelischen Krankenhäuser Baden-Württembergs berieten über die Frage, welche Erwartungen und Verpflichtungen, aber auch Perspektiven mit unternehmerischem Handeln in Caritas und Diakonie einhergehen. Der große Zuspruch, auf den die Veranstaltung bei katholischen und evangelischen Krankenhausträgern stieß, belegt den Diskussionsbedarf, den die Entscheidungsträger in einer Phase des Umbruchs bei einer profilwahrenden Positionierung am Gesundheitsmarkt haben.

Bei der hochkarätig besetzten Veranstaltung beleuchtete Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse, Lehrstuhlinhaber für Sozialethik und Theologische Ethik an der Universität Tübingen, die sozialetische, Nils Söhnle von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young die unternehmerische Sichtweise. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer gemeinsam mit Bruder Peter Berg, Generaloberer der Barmherzigen Brüder von Maria-Hilf, Trier, und Aufsichtsratsvorsitzender der Barmherzige Brüder Trier gGmbH, Professor Traugott Schächtele, Prälats des Kirchenkreises Nordbaden der Evangelischen Landeskirche in Baden, Richard Wentges, Vorstandsvorsitzender der Vincentius-Diakonissen-Kliniken in Karlsruhe, sowie Professor Matthias Möhring-Hesse und Nils Söhnle.

Möhring-Hesse bezeichnete die Kirchliche Wohlfahrtspflege als Vollzugsform der Barmherzigkeit, die soziale Dienste am Menschen erbringt. Als in vielerlei Hinsicht fremdbestimmte Unternehmen würden ihnen unter anderem von Kirche, Sozialstaat und der Öffentlichkeit unterschiedliche Erwartungen herangetragen. Innerhalb dieser Fremdbestimmungen müssten sie

einerseits eigenständig sein, gleichzeitig zwischen auseinandergelenden Ansprüchen vermitteln. Die staatliche Kontrolle gegenüber den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden sei inzwischen übermächtig und diese gerieten unter die Dominanz ihrer Geldgeber. Weil sie zum Leistungsträger in einem sozialstaatlich organisierten Wohlfahrtsmarkt geworden seien, sieht Möhring-Hesse keinen Platz für unternehmerischen Geist in Caritas und Diakonie. In der Pflege werde zunehmend getaktet, rationalisiert und auf Wettbewerbsniveau gearbeitet. Eine gute Pflege gehöre aber zur fachlichen Professionalität, die man nicht über christliche Werte definieren müsse. Es sei gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für gute Pflege zu sorgen.

„Betriebswirtschaftliches Handeln ist für alle Teilnehmer am Gesundheitsmarkt unerlässlich“, lautet eine der zentralen Thesen von Nils Söhnle von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young. Gleichwohl stünden für die kirchlichen Krankenhäuser ebenso christliche Werte im Vordergrund des Handelns. Für die Zukunftsfähigkeit kirchlicher Krankenhäuser seien unternehmerische Lösungsansätze wie die Implementierung von Compliance-Systemen, eine starke Wettbewerbsposition durch Behandlungs- und Versorgungsqualität sowie eine gute Positionierung im Ressourcenwettbewerb neben einer hohen Innovationsbereitschaft von entscheidender Bedeutung. Qualität müsse im Mittelpunkt stehen, ebenso wie die Entwicklung einer starken Marke. Die zunehmende Digitalisierung und notwendige Vernetzung stellten erhöhte Anforderungen an den Gesundheitsmarkt, denen sich die kirchlichen Krankenhäuser stellen müssten. Um die Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten, sei eine solide Finanzierung unerlässlich. „Zukunftsfähige Krankenhäuser müssen sich als vernetzter Dienstleister darstellen.“

In der Diskussionsrunde stellten sich die Teilnehmer der Frage nach den Prognosen der christlich geführten Krankenhäuser auf dem umkämpften Markt des Gesundheitswesens. Für Richard Wentges sind professionelles Handeln und Barmherzigkeit nichts Gegenteiliges. „An vielen Stellen ist unternehmerisches Handeln unmittelbar nötig. Es kommt es nicht nur auf die Professionalität an. Wir haben eine Motivation. Unser Grundgedanke ist es, sich um Menschen zu kümmern“, betonte er. Professor Traugott Schächtele fragte, wie präsent die Problematik der Pflege innerhalb der Kirche sei. Bruder Peter Berg erklärte, dass es nur ein Menschenbild gebe: „Wir können Menschen nicht unterschiedlich behandeln. Wir müssen uns fragen: Ist es uns bewusst, was wir tun, warum wir es tun und wie wir es tun?“ Es komme auf das Wertefundament an, auf dem das Handeln in einem christlichen Krankenhaus gründet.

Veranstalter waren die Landesarbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser und der Evangelische Krankenhausverband Baden-Württemberg. Den Dachorganisationen gehören landesweit zusammen 50 Krankenhäuser, Kliniken und Reha-Einrichtungen an. Steffanie Richter

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711/1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

14. landesweite Aktionswoche „Armut bedroht alle“

Die landesweite Aktionswoche „Armut-bedroht alle“ der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg stand unter dem Motto „Netzwerke gegen Armut und Abstiegsangst“. In ganz Baden-Württemberg bieten ab Montag verschiedene Initiativen und Bündnisse einen vielfältigen Strauß von Aktionen und Veranstaltungen, die sich mit der Thematik Armutsprävention und Teilhabe befassen.

Stuttgart. Die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (LAK) ist ein Bündnis aus den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, des DGB Landesbezirks und der Basis- und Betroffeneninitiativen. Die Aktionswoche wurde unterstützt durch das Ministerium für Soziales und Integration aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg.

Die Sprecher der Netzwerke 1 und 2 der LAK machten deutlich, dass auch in einem Bundesland wie Baden-Württemberg ein hoher Handlungsbedarf besteht, um Armut vorzubeugen und Armut zu bekämpfen. Bei der Pressekonferenz richteten sie ihren Blick besonders auf Armut im Alter und Armut bei Kindern und Jugendlichen und stellten Forderungen an die Landes- und die Bundesregierung.

Der erste Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Baden-Württemberg, vorgelegt im November 2015, habe eindrücklich gezeigt: Armut gibt es auch in Baden-Württemberg. Armut bedeute geringes Einkommen, fehlendes Vermögen oder Schulden, schlechte Wohnlagen und unzureichende Wohnungen. Armut bedeute weniger Chancen auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Armut macht krank. Arme Menschen hätten eine geringere Lebenserwartung. Wirksame Armutsbekämpfung sei zuallererst eine Aufgabe der Politik. Darüber hinaus müsse sie auf allen Ebenen in Netzwerken geschehen, die alle einbeziehen, die etwas zur Bekämpfung der Armut beitragen können: Treffpunkte und Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen und Kulturträger, Vereine und Behörden, Verbände und Sozialpartner. Dies zeige sich besonders bei Kinder- und Jugendarmut und bei der Altersarmut. pm

Weitere Informationen: Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V., Eva Weiser, Geschäftsführerin, Stauffenbergstr. 3, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/61967-12, E-Mail: info@liga-bw.de, www.armut-bedroht-alle.de

...denn es ist ja unmöglich, Kinder allein zu lassen.“

Unter dem Titel ...denn es ist ja unmöglich, Kinder allein zu lassen.“ ist jetzt die Dokumentation zur Geschichte des Kinderheims Hochdorf 1944 – 1975 erschienen. Das Buch gibt vielfältige Einblicke in das Alltagsleben der damaligen Zeit. Es wirft manchen Schatten auf die Geschichte der Einrichtung, bringt aber Licht in das bisher nur in kleinen Ausschnitten bekannte Dunkel dieser Jahre.

Remseck-Hochdorf. Beruhend auf bisher nur wenig beachtetem Quellenmaterial, beleuchtet die Dokumentation die Heimerziehungspraxis jener Jahre aus einer neuen Perspektive. Den Kern der Untersuchung bildet die Geschichte der heutigen Evangelischen Jugendhilfe Hochdorf.

Facettenreich schildert der Historiker Bastian Loibl die wechselhaften und ereignisreichen Jahrzehnte des Kinderheims Hochdorf seit seiner Gründung in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges. Dabei geht es jedoch nur selten darum, die Geschichte einer Institution zu erzählen. Vielmehr werden die vielfältigen Auswirkungen einer nationalen Erziehungspraxis auf den Alltag und das Schicksal dieser Kinder rekonstruiert und damit das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner des Kinderheims Hochdorf eindrücklich erlebbar.

Beim diesjährigen Treffen der ehemaligen Heimkinder in Hochdorf wurde das Buch vorgestellt und an die von den Geschehnissen damals Betroffenen verteilt. Aus diesem Anlass haben wir am Sonntag auch zum Pressegespräch eingeladen. Das Buch kann kostenlos bestellt werden. pm

Weitere Informationen: Hochdorf – Evang. Jugendhilfe im Kreis Ludwigsburg e.V., Claudia Obele, Vorstandsvorsitzende/Fachvorstand, Schulweg 3, 71686 Remseck, Tel.: 07146/87303-17

Damit seelische Krisen kein Tabu unter Jugendlichen sind**Treffen der Regionalgruppen des präventiven Schulprojekts „Verrückt? Na und!“ – Ziel: Projekt soll künftig mehr Schülerinnen und Schülern angeboten werden können.**

Stuttgart. Verrückt? Na und! – unter diesem Titel hat der Verein „Irrsinnig Menschlich“ vor über 15 Jahren ein Präventionsprojekt ins Leben gerufen, das Schülerinnen und Schüler für das Thema seelische Gesundheit sensibilisiert. Dass das Konzept wirkt, hat bereits eine wissenschaftliche Evaluation 2010 bestätigt. Seit 2007 zeigt der „Verrückt? Na und!“-Schultag auch in Baden-Württemberg Schülern ab der 8. Klasse und ihren Lehrern, wie wichtig seelische Gesundheit ist und was man dafür tun kann. Seit 2009 wird das Projekt bundesweit von der Barmer unterstützt. Eine Regelfinanzierung aus öffentlichen Geldern gibt es bisher jedoch nicht. Beim Landesnetzwerktreffen von „Verrückt? Na und!“ in Stuttgart-Möhringen am 10. Oktober, dem Internationalen Tag der seelischen Gesundheit, hat sich gezeigt, dass das vielen Trägern zu schaffen macht.

„Viele Regionalgruppen würden den Schulen gerne mehr Präventionstage anbieten, aber dafür fehlt meist das Geld“, sagte Kirsten Wolf von der Evangelischen Gesellschaft (eva), die die Regionalgruppe Stuttgart koordiniert. „Die Arbeit ist gut, aber sie braucht eine solide Regel-Finanzierung aus öffentlichen Geldern.“ Beeindruckt von dem Projekt zeigte sich bei dem Treffen auch Baden-Württembergs Minister für Soziales und Integration, Manne Lucha: „Seelische Störungen können die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig beeinträchtigen. Es ist daher wichtig, in einem möglichst frühen Stadium seelische Erkrankungen zu erkennen. Hier setzt Verrückt? Na und! an und leistet somit einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Prävention.“

Etwa 20 bis 30 Prozent aller Kinder und Jugendlichen gelten als seelisch auffällig. Und drei von vier psychischen Erkrankungen von Erwachsenen beginnen im Jugendalter. Das gilt auch für Baden-Württemberg, berichtete Barmer-Landesgeschäftsführer Winfried Plötze: „Junge Menschen sollen das Leben genießen, aber wir wissen aus unseren Daten, dass bei einem Viertel der 16- bis 30-Jährigen in Baden-Württemberg eine Depression diagnostiziert wurde.“ Oft vergehen mehrere Jahre, bis sich die Betroffenen Hilfe holen. Auch Jugendliche und junge Erwachsene sprechen aus Angst vor Stigmatisierung und Ausgrenzung nur selten offen über das Thema. Das Präventionsprogramm „Verrückt? Na und!“, das der Verein Irrsinnig Menschlich mit regionalen Partnern bundesweit an Schulen umsetzt, will das ändern.

Und so funktioniert das Projekt: Ein Fachexperte und ein Experte in eigener Sache, der seelische Krisen selbst erlebt und gemeistert hat, gestalten als Tandem einen Projekttag an Schulen. Mit Schülern und Lehrern tauschen sie sich offen über die großen und kleinen Fragen zur psychischen Gesundheit aus. Typische Themen: Leistungsdruck, Mobbing, Trennung der

Eltern, Krankheit in der Familie, Süchte, Zukunftssorgen. Was die Schüler besonders beeindruckt, ist das Gespräch mit den persönlichen Experten. Von ihnen erfahren sie, wie sich eine Depression oder eine Psychose anfühlt, wo es Hilfe gibt und was sie selbst, Freunde, Eltern und Lehrer tun können.

„Verrückt? Na und! ist ein Türöffner für ein hochaktuelles gesamtgesellschaftliches Thema, das in Schule und Ausbildung kaum Platz hat und auch Familien oft überfordert“, sagte Dr. Manuela Richter-Werling, Gründerin und Geschäftsführerin des Vereins Irrsinnig Menschlich, bei dem Landesnetzwerktreffen. Ein Schultag mit Präventionsangeboten koste pro Schüler etwa 40 Euro. Dagegen lägen die Kosten für eine stationäre Behandlung bei psychischer Krankheit durchschnittlich bei 10.000 Euro, für eine ambulante Behandlung bei 2.000 Euro. Trotzdem würden bislang weniger als ein Prozent der Schüler mit Präventionsangeboten erreicht. Die Vereins-Geschäftsführerin hofft auf weitere Unterstützer aus Politik und Wirtschaft, um das Angebot in den kommenden Jahren weiter auszubauen und noch mehr junge Menschen zu erreichen. Bisher wird Verrückt? Na und! an über 80 Standorten in 12 Bundesländern angeboten, darüber hinaus in Österreich, Tschechien und der Slowakei.

Das Landesnetzwerktreffen im Bürgerhaus Möhringen nutzten die Regionalgruppen aus Baden-Württemberg, um sich auszutauschen. „Es geht darum, voneinander zu lernen, die Qualität des Projekts zu sichern und die Konzepte weiterzuentwickeln“, so Kirsten Wolf. Daneben hoffen die Veranstalter, weitere Schlüsselpersonen aus der Politik sowie dem Bildungs- und Gesundheitssystem als Mitstreiter für eine Regelfinanzierung zu gewinnen. Manne Lucha brauchen sie von der Qualität des Präventionsprogramms nicht mehr zu überzeugen: Der Minister für Soziales und Integration Baden-Württemberg hat die Schirmherrschaft von „Verrückt? Na und!“ übernommen. Beim Landesnetzwerktreffen stellte er in seinem Impulsvortrag „Szenarien der Umsetzung“ des Projekts im Südwesten vor. Er warb dafür, junge Menschen zum Sprechen über psychische Probleme zu befähigen. Es gebe bei diesem Thema „nichts zu verheimlichen“. pm

Weitere Informationen: Evangelische Gesellschaft, Ulrike Herbold, Pressesprecherin, Büchsenstraße 34/36, 70174 Stuttgart, Tel.: 0711/20 54-321, E-Mail: Ulrike.Herbold@eva-stuttgart.de

„Gib mir was, was ich wählen kann“

Mit der Studie „Gib mir was, was ich wählen kann – Demokratie ohne Langzeitarbeitslose?“ hat die Neue Arbeit Stuttgart die Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler erforscht. Sie gibt aus unserer gebe viele Hinweise darauf, was zu tun wäre, um diese Menschen wieder in die Demokratie zurückzuholen. Durch die unterschiedlichen Aussagen der befragten Nichtwähler werde der Riss in unserer Gesellschaft offensichtlich.

Stuttgart. Die befragten Langzeitarbeitslosen erleben eine Politik und eine Gesellschaft, die ihre Nöte und Probleme nicht mehr wahrnehmen. Sie wünschen sich ein normales Leben, fordern mehr soziale Gerechtigkeit und fühlen sich von Politik und Gesellschaft im Stich gelassen. Auch wenn diese Menschen die Tür noch nicht endgültig zugeschlagen haben, besteht doch die Gefahr, dass sie sich ganz von unserer Gesellschaft abwenden.

Bei der Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen hat sich die soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung nochmals verschärft, so die Bertelsmann Stiftung. Immer weniger Menschen aus sozial benachteiligten Milieus gehen zur Wahl. Sinkende Wahlbeteiligung schadet der Demokratie. Es ist nicht gut, wenn große Teile unserer Gesellschaft nicht mehr in den Parlamenten vertreten sind. Bis zu 40 Prozent klafft die Wahlbeteiligung zwischen reichen und armen Stadtbezirken auseinander. In der Gruppe der Nichtwähler aus prekären Schichten sind Langzeitarbeitslose überdurchschnittlich stark vertreten. pm

Weitere Informationen: Neue Arbeit Stuttgart, Martin Tertelmann, Pressesprecher, E-Mail: mtertelmann@neuearbeit.de, Tel.: 0711/27301-197. Informationen zur Studie auch im Internet unter: www.studie-nichtwaehler.de, facebook.com/studie-nichtwaehler

10 Jahre Stadtteilforen in Mariaberg

Seit zehn Jahren gibt es die Mariaberger Stadtteilforen. Gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern von Gammertingen-Mariaberg diskutieren Fachleute für Stadtteilentwicklung, Vertreter der Kommune, Interessierte aus der Region sowie Mitarbeitende des diakonischen Unternehmens Mariaberg die unterschiedlichsten Entwicklungsprojekte und Themen im Stadtteil Mariaberg.

Gammertingen-Mariaberg. Mariabergs Vorstand Rüdiger Böhm bedankte sich bei den Gästen des diesjährigen Stadtteilforums. Er freute sich über die rege Beteiligung und die konkret greifbaren Veränderungen, die durch den Diskussionsprozess mit allen Beteiligten in Gang gesetzt wurden. Die hohe Wertschätzung des Forums zeige sich, so Böhm, unter anderem auch an der Teilnahme von Gammertingens Bürgermeister Holger Jerg und dem Reutlinger Architekt und Stadtplaner Dipl.-Ing. Wolfgang Riehle, ehemaliger Präsident der baden-württembergischen Architektenkammer.

Petra Schmettow, die den Abend moderierte, und Martina Lovercic, Assistentin des Mariaberger Vorstands, präsentierten die bereits umgesetzten Projekte, die aus dem Stadtteilforum des Vorjahres resultierten. So wurden beispielsweise auf eine Anregung aus der Mitarbeiterschaft hin neuer Wohnraum auf der Mariaberger Landwirtschaft geschaffen. Im Dachstuhl des dortigen Sozialgebäudes wurden drei Wohnungen eingebaut, die nun von Mitarbeitern der Landwirtschaft bewohnt werden können. Gleichzeitig wurden die Sozialräume modernisiert. Dadurch konnte die Attraktivität des Mariaberger Bauernhofes als Arbeits- und Lebensort erhöht werden.

Weitere Aspekte zur Entwicklung des Stadtteils wurden in den letzten zwölf Monaten umgesetzt: Im Klostergebäude wird zurzeit eine automatische Tür installiert, die den barrierefreien Zugang in das Gebäude ermöglicht. Der Terrassenbereich vor der Mariaberger Manufaktur wird attraktiv umgestaltet. Ein Verbindungsweg im Waldgebiet bei der Landwirtschaft konnte mit einer Aussichtsplattform aufgewertet werden, die nun für alle Spaziergänger und Besucher neue Einblicke in Flora und Fauna ermöglicht. Veranstaltungen mit Politikern in Mariaberg sorgten für politische Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner. In der Gruppenarbeit konnten die Teilnehmer ihre Überlegungen und Wünsche für die Themen „Umbau der Mariaberger Kegelbahn“, „Was ich mir für den Stadtteil Mariaberg wünsche“, „Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben“ und „Lieblingsorte“ zusammentragen. Wie weit diese umgesetzt werden können, wird das Stadtteilforum am 15. Oktober 2018 zeigen.

Weitere Information: Mariaberg, Robert Zolling, Stabsabteilung Kommunikation, Klosterhof 1, 72501 Gammertingen, Tel.: 07124/923-218, E-Mail: t.geiselhart@mariaberg.de

Kurznachrichten

Stuttgart. Vor über 160 Jahren wurde die **Nikolauspflege** in Stuttgart-West gegründet. Die Erweiterungen führten in den Jahren 1906 bis 1908 zum Umzug an den Kräherwald, 2005 zur Verlegung des Stiftungssitzes in die Stadtmitte und schließlich jüngst nach Bad Cannstatt. Hier hat die Stiftung im September 2017 **neue Räume im Carré Bad Cannstatt bezogen**, unter anderem um in der Stadtmitte Platz zu schaffen für blinde und sehbehinderte Klienten. Dieter Feser, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Nikolauspflege, betonte, dass für die Standort-Wahl die gute ÖPNV-Anbindung und die zentrale Lage „mitten im Leben“ und „nah bei den Menschen“ entscheidend waren. Der Behindertenbeauftragte der Stadt Stuttgart, Walter Tattermusch, holte sich in den Büroräumen erste Ideen für den zukünftigen barrierefreien Umbau städtischer Ämter. Auch wenn derzeit wenn noch nicht alles an seinem Platz ist, hat die Stiftung den Anspruch, den blinden und sehbehinderten Mitarbeitern und Gästen möglichst ideale und barrierefreie Orientierung zu bieten. Im Rahmen der bundesweiten Woche des Sehens konnten Besucher im Einkaufszentrum Carré Bad Cannstatt einem Bürstenmacher bei der Arbeit zuschauen und sich von jungen Auszubildenden des Berufsbildungswerkes Stuttgart die Blindenschrift und einen 3-D-Drucker erklären lassen. Die Nikolauspflege bietet blinden und sehbehinderten Menschen Hilfeleistungen an, fördert ihre schulische und berufliche Bildung sowie die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe. Mit einer Bandbreite von der häuslichen Frühförderung bis in den Seniorenbereich ist die Nikolauspflege eines der führenden Kompetenzzentren für blinde, sehbehinderte und mehrfach behinderte Menschen aller Altersgruppen in Deutschland. Die Stiftung ist Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg. cm

Stuttgart. Das **Themenheft „Zwingend! Dringend! Notwendig! Mädchensozialarbeit bracht Stärkung“ ist erschienen.** Mit dieser Publikation will die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) eine Facette sozialer Arbeit in den Mittelpunkt stellen, die in den letzten Jahren immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde: die Arbeit mit und für Mädchen und junge Frauen. Die fachpolitische Diskussion um dieses Handlungsfeld ist in den letzten Jahren fast versiegt. So hat zum Beispiel im aktuellen 15. Kinder- und Jugendbericht die Genderperspektive keine Relevanz. Bestellt werden kann das Themenheft (DIN A4-Broschüre, 96 Seiten) zum Preis von 9,-Euro zzgl. Versandkosten bei der BAG EJSA (Sabine Raabe, Tel. 0711/16489-45, raabe@bagejsa.de) oder unter www.bagejsa.de/Publikationen

Ludwigsburg. 295 neue Studierende und viele offene Angebote bereichern die **Evangelische Hochschule Ludwigsburg**. Sie bietet im Wintersemester 2017/18 22 öffentliche Veranstaltungen an – so viel wie noch nie zuvor in der Hochschulgeschichte. Diese „**Hochschule für alle**“ zeigt das Ergebnis des strategischen Aufbaus von Studienangeboten und Lehre. Ab November werden die Hochschulmesse, Fachtage, Antrittsvorlesungen und der Nachmittag der Ludwigsburger Kinder-Uni die Lehre an der kirchlichen

Hochschule hinzukommen. „Diese Terminvielfalt für unsere 1.300 Studierenden, Mitarbeitenden und interessierte Menschen zeigt eindrucksvoll das Ergebnis unseres Ausbaus, für den wir unserem Träger, der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, und dem Wissenschaftsministerium des Landes dankbar sind“, erklärt Rektor Prof. Dr. Norbert Collmar. cm

Sigmaringen/Mariaberg. Warum haben ältere Menschen Probleme bei der Fortbewegung? Und wie fühlt es sich an, in einem Rollstuhl zu sitzen? Diese und andere Fragen konnten sich die Besucherinnen und Besucher auf dem Leopoldplatz in Sigmaringen beantworten lassen. Der VdK-Kreisverband Sigmaringen und der Mariaberger e.V. veranstalteten gemeinsam einen **Aktionstag zur Barrierefreiheit**, bei dem den Gästen viel geboten wurde. Hierbei wurden von 10 bis 16 Uhr Fragen beantwortet und das nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. Die Besucher konnten beispielsweise mit einem Alterssimulationsanzug (GERT) des VdK-Landesverbands Baden-Württemberg am eigenen Leib testen, mit welchen Einschränkungen ältere Menschen zu kämpfen haben. GERT ist mit unterschiedlichen Gewichtsmanschetten ausgestattet sowie mit Simulationsbrille, Halskrause oder Kopfhörern. Schnell hatten die Betroffenen viel Verständnis, wie sich ältere Menschen in unserer Gesellschaft fühlen müssen, da es Menschen mit Einschränkungen oder Behinderung im Alltag oft nicht leicht haben. pm